

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Berechnung der Redaction:
Bormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 150.

Wittwoch den 30. Mai 1877.

71. Jahrgang.

Anlage 15,100.
Abonnementspreis viertel 4 1/2, halbjährlich 8 1/2, jährlich 15,00.
Incl. Frachtporto 6 Wk.
Durch die Post bezogen 6 Wk.
Jede einzelne Nummer 30 Wk.
Belagerungsplatz 10 Wk.
Geldschein für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Wk.
... Postbeförderung 45 Wk.
Inkrust. 40 Wk. Courtois. 20 Wk.
Geldschein für Extrablätter
Pressebeilage. — Tabellenscheit
nach höherem Tarif.
Kleinanzeigen unter dem Redactionstempel
die Spalte 40 Wk.
Inkrust. sind nicht an d. Expedition
zu senden. — Waschtisch wird nicht
gegeben. Zahlung per Banknoten
oder durch Postvorschuß.

Bekanntmachung.

Es ist uns von einem nicht genannt sein wollenden hiesigen Bürger „aus Liebe zu seiner theuren Vaterstadt Leipzig“ ein Capital von fünfzehn Tausend Mark zur Begründung einer Stiftung für **Seminarien-Stipendien** schenkungsweise übergeben worden und haben wir diese Schenkung angenommen, sowie die Verwaltung und Collatur der Stiftung übernommen. Indem wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniss bringen, fühlen wir uns gedrungen, dem hochherzigen Schenker für diese Betätigung wärmster Liebe zu seiner Vaterstadt hierdurch unseren aufrichtigsten Dank auszusprechen.
Leipzig, den 28. Mai 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bilisch, Refr.

Dr. Stephani's Reichstagsbericht.

—r. Leipzig, 29. Mai. Am gestrigen Abend erhaltete der Vertreter unserer Stadt im deutschen Reichstag, Herr Vicebürgermeister a. D. Dr. Stephani, vor seinen Wählern Bericht über die letzte Reichstagsession. Die zu diesem Behufe von den Vorständen des Reichvereins für Sachsen, des Städtischen Vereins, der Gemeinnützigen Gesellschaft und der in den verschiedenen Vorständen existirenden Bezirksvereine nach dem großen Saal des Schützenhauses einberufene Versammlung war trotz des schönen Sommerabends, der das Publicum nach so langer Entbehrung des guten Wetters ins Freie lockte, sehr zahlreich, von etwa 500 Personen, besetzt. Die Versammlung verlief ohne die geringste Störung, da durch die Form der ergebnissen Einladung und durch die am Eingange des Saales geübte scharfe Controlle Elemente, welche eine solche Versammlung hätten veranlassen können, fern gehalten wurden.
Herr Director Veuder eröffnete die Versammlung wenige Minuten nach 8 Uhr mit einer kurzen begrüßenden Ansprache und ertheilte alsdann sofort Herrn Dr. Stephani das Wort. Dessen Vortrag, welcher durch die dem Redner eigene Klarheit und volle Beherrschung des Stoffes ausgezeichnet war, währte volle zwei Stunden und wurde von sämtlichen Anwesenden mit gespannter Aufmerksamkeit angehört. Nachdem Herr Dr. Stephani im Eingange seiner Darlegungen ein Bild vom letzten Wahlkampfe entrollt, der viele unerfreuliche Erscheinungen an den Tag brachte und die auf einander angewiesenen liberalen Parteien in traurigem Zwiespalt fand, kam er auf die Verhältnisse im Reichstag selbst zu reden. Glücklicherweise erfüllte sich das schadenfrohe Erwarten gewisser Parteien, die Liberalen würden innerhalb des Reichstags ihren Streit fortsetzen, nicht. Das Verhältnis der Parteien war gegen früher nicht wesentlich geändert, die Nationalliberalen immer noch die weitläufigste Partei geblieben, an die sich der Rest nach und nach das Centrum, sodann die deutsche Reichspartei, die Conservativen, die Fortschrittspartei, die Polen und endlich die Socialisten anschlossen. Zwischen diesen Parteien gab es eine Anzahl von 30-40 Abgeordneten, welche sich keiner Partei angeschlossen. Der Reichstag zeigte auch in seiner Gesamthaltung nicht die Parteilichkeit des Wahlkampfes. Es fehlte im großen Ganzen nicht an der wünschenswerthen Eintracht zwischen den beiden gegenwärtigen Faktoren, und in einem Punkte, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, war sogar unbedingte Harmonie vorhanden. Man kann sagen, Deutschland ist der einzige Staat in Europa, wo diese Harmonie zwischen Regierung und Parlament voll besteht. (Zusammenfassung.)
Die Arbeiten des Reichstages erstreckten sich zunächst auf die Prüfung der Legitimationen seiner Mitglieder. Diese Wahlprüfungen verliefen im Ganzen ruhig und objectiv und das Ergebnis war ein verhältnismäßig günstiges, indem nur 10 von den 397 Wahlen ernstlich beanstanden, bez. 2 für ungültig erklärt wurden. Gleichsam eine Erbschaft des vorigen Reichstages war die Vorlage über den Sitz des höchsten Reichsgerichtes. Die ganze Angelegenheit hat mehr Staub aufgewirbelt, als nöthig war. Der Grund lag wohl hauptsächlich darin, daß der preussische Antrag im Bundesrath überstimmt worden und viele Männer von gut nationaler Gesinnung darin eine Verwässerung und Beeinträchtigung des Preussens legitimen Einflusses erblickten. Redner erklärte, daß er für seinen Theil, so sehr er auch das Gewicht mancher für Berlin sprechenden Gründe anerkenne, dennoch in der Wahl Leipzigs nicht eine wirkliche Beförderung der nationalen Interessen habe finden können. Das für ihn ausschlaggebende Moment war der Umstand, daß die oberste rechtsprechende Institution von dem Vertrauen des Volkes getragen, daß sie eine neue nationale Organisation und nicht eine Fortsetzung einer preussischen Einrichtung, des Obertribunals, sein solle. Aus diesem Grunde glaubte Redner in der Verlegung des Reichsgerichtes außerhalb Berlins eine Förderung der Reichsentwickelung erblicken zu sollen. Glücklicherweise ließ sich Herr Bismarck, bei dem ein guter Theil der Entscheidung lag, durch das Geschrei

über Vergewaltigung Preussens nicht beirren, erkannte vielmehr in der That an, daß die Reichsinteressen dem Interesse des preussischen Staates voran zu gehen haben. Für Viele im Reichstag war die Stellung, welche die sächsische Regierung in Bezug auf die Errichtung eines obersten sächsischen Landesgerichtshofes einnahm, für ihre Abstimmung maßgebend. Redner hatte von vorn herein die Ueberzeugung, daß diese Stellung eine correcte sei, daß die sächsische Regierung bei der Verlegung des Reichsgerichtes nach Leipzig auf einen obersten Specialgerichtshof verzichten werde; und wenn der Eindruck der Erklärungen der Regierung im Reichstag selbst nicht ein ungetheiltes günstiger war, so lag das nur an der Form, in welcher die Erklärungen abgegeben wurden. Im rechten Augenblick trat der Abg. Dr. Koster, welcher sich in dieser Beziehung am Leipzig großes Verdienst erworben, mit seinem bekannten Antrage dahin.

Leipzig hatte beim Austrag der Frage im Reichstage einen großen Vortheil für sich durch den Besitz des Reichs-Oberhandelsgerichtes. Das jahrelange legendreiche Wirken dieses obersten Gerichtshofes in unserer Stadt wurde von den Freunden unserer Stadt mit Erfolg ins Feld geführt. Ein anderer wesentlicher Factor war die Billigkeit der hiesigen Umverteilung, und endlich fiel nicht minder die gute Meinung in die Waagschale, deren sich Leipzig nach außen hin erfreut. Die glückliche Mischung der gesellschaftlichen Kreise, der gute bürgerliche und nationale Geist, beide haben zu der für Leipzig günstigen Lösung der Frage außerordentlich viel beigetragen. Freuen wir uns Alle dieser Entscheidung, von der wir wissen, daß sie nur nach rein sachlichen Erwägungen getroffen worden ist. Möge man unser Leipzig aber auch bestrebt sein, die Erwartungen zu erfüllen, welche man zu ihm hegt. Die außerordentlichen Vortheile, die mit dem höchsten Reichsgericht verknüpft sind, bedingen auch große Verpflichtungen. Leipziger Bürger sind verpflichtet, daß ihre Stadt immerdar eine Stätte des regen und unerschütterlichen nationalen Geistes bleibe, daß die Männer, welche hierher kommen, um im Namen des Reiches das höchste Recht zu sprechen, ein freundliches Heim finden, damit sie ihrem ehrenvollen Berufe in aller Fröhlichkeit nachgehen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Eine Hauptarbeit des Reichstages waren die wirtschaftlichen Fragen, welche gegenwärtig die ganze Welt bewegen. Das deutsche Reich sieht sich gleichzeitig vor zwei Riesenaufgaben gestellt: es soll das gesammte Produktionsleben seiner Bewohner neu gestalten und auf der andern Seite unsere politischen Einrichtungen neu aufbauen. Jede dieser beiden Aufgaben allein würde die volle Kraft des Volkes beanspruchen, wir sind aber darauf angewiesen, sie beide zu gleicher Zeit zu lösen. Im Wahlkampfe wurden die wirtschaftlichen Fragen an die Spitze gestellt; die Weisheit, die sich in wirtschaftlicher Beziehung bedrückt fühlten, waren geneigt, diesen Umstand, vor Allem aber die Folgen der wirtschaftlichen Krisis dem Staat und seiner wirtschaftlichen Gesetzgebung in die Schuhe zu schieben, und man ließ sich in dieser Annahme auch durch die Thatfache wenig beirren, daß die Krisis nicht Deutschland allein, sondern fast alle Länder ergriffen hat. Von vielen Seiten wurde eine vollständige Umkehr in der wirtschaftlichen Gesetzgebung verlangt. Wie stellte sich nun der Reichstag zu dieser Forderung? Die von den Regierungen in Betreff dieser Fragen veranfaltete Untersuchung erbrachte ein Auseinandergehen der Meinungen der beteiligten Klassen, welches in der That überraschend war. Vielleicht möchte ein Grund mit darin liegen, daß wir in Deutschland zum ersten Male eine solche Untersuchung vorgenommen hatten. Im Reichstag wurde an die wirtschaftlichen Fragen mit dem Ernste herangetreten, den sie verlangen. Die conservative Partei legte einen Gesetzentwurf vor, der in der Hauptsache auf eine Reform des Lehrlingswesens und auf die Wiedereinführung der Arbeitsbücher hinauslief, Dinge, die allerdings in ihrer Bedeutung sehr gegen den großen Anlauf abfielen, den diese Partei bei den Wahlen gegen die Gewerbegesetzgebung genommen hatte. Die freiconservative Partei begnügte sich mit einer Anfrage an die Regierung. Die nationalliberale

Partei stellte bestimmte Anträge, ohne aber gleichzeitig schon die Abänderung der Gewerbeordnung in bestimmten Punkten vorzuschlagen. Diese Anträge beschränkten sich auf die Reform des Lehrlingswesens und die Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte. In ersterer Beziehung legte die nationalliberale Partei das Hauptgewicht auf das erziehende Moment und sie konnte sich nicht davon überzeugen, daß, wenn man erziehen will, man beim Strafbuch anfangen muß. Seitens der Fortschrittspartei wurden ähnliche Anträge eingebracht.

Die Socialdemokraten legten einen sehr umfassenden und großen Gesetzentwurf vor, von dem anzuerkennen ist, daß diese Partei sich damit zum ersten Male in wirklich productiver Weise an den gesetzgeberischen Arbeiten betheiligte. Es waren Anträge, die sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung bewegten: freilich ist hinzuzufügen, daß die socialistischen Abgeordneten während der Verathung der Anträge erklärten, sie gäben ihre wirklichen Ziele damit nicht auf und wollten nur aus Zweckmäßigkeitsgründen sich mit dem augenblicklich Erreichbaren begnügen. Man kann trotzdem die Hoffnung haben, daß die Socialdemokraten, nachdem sie sich einmal, wenn vielleicht auch unbewußt und widerwärtig, auf den Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung gestellt, mit derartigen Anträgen fortfahren werden.

Neben diesen verschiedenen Anträgen stand noch ein anderer, derjenige der Centrumpartei, welcher eine ganz andere Basis hatte. In diesem Antrag war die vollständigste Beurtheilung des leitenden Principes der Gewerbeordnung ausgesprochen, war die dormalige wirtschaftliche Krisis als eine Folge des Geistes der Gewerbeordnung dargestellt. Der Antrag der ultramontanen Partei beehrte die Erneuerung der Grundzüge des Schutzes auf wirtschaftlichem Gebiete.

Das Ergebnis der dreitägigen Debatten im Reichstag war die Ablehnung des Antrages des Centrums und die Ueberweisung aller anderen Anträge an die Regierung zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung bei Ausfertigung des Gesetzentwurfes, welchen sie dem nächsten Reichstag vorlegen wird. Die Regierung sagte ihren Standpunkt in der Erklärung zusammen, daß sie vom Geiste der Gewerbeordnung nicht abweichen, sondern am Grundsatze der wirtschaftlichen Freiheit festhalten, im Besonderen aber die Gewerbegesetzgebung ausbauen und vorhandene Lücken ausfüllen wolle. Die überwiegende Mehrheit des Reichstages war vollständig im Einklange mit der Regierung und das darf als ein erfreuliches Ergebnis begriffen werden. Derartige schwierige Fragen lassen sich nicht im Handumdrehen lösen. Gewiß sind Fehler auf diesem Gebiete gemacht worden, und es wird Mangel auszugleichen sein, aber ein großer Fehler würde es sein, von der Gesetzgebung allein nur das Heil zu erwarten. Kein, der Vorgesetzte, der Arbeitgeber muß für seinen Theil praktisch mit an der Herbeiführung besserer Zustände thätig sein, sie müssen die Lehrlinge zu erziehen suchen. Die Gesetzgebung vermag viel, aber allein helfen kann sie nicht.

In Bezug auf die Zollfrage waren die Parteien im Reichstag, mit Ausnahme der geschlossen für die freihändlerische Richtung stimmenden Fortschrittspartei, sämmtlich gespalten. Diese Frage war mit Rücksicht auf den unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Oesterreich, der nach dem Rechte der weitbegünstigten Nationen bestimmend für die anderen Verträge ist, eine brennende. Die Regierung verhielt sich anfänglich passiv, später, als der Antrag des Abg. Böwe eingebracht war, trat sie mit dem schon im letzten Reichstag von ihr gestellten Antrage auf Einführung von Retorsionszöllen von Neuem hervor. Diese Retorsionszölle sollten ein Ausgleich sein für die Ausfuhrvergünstigungen, welche andere Länder, insbesondere Frankreich, an ihre Producenten gewähren, sie sollten namentlich unsere Eisenindustrie gegen die Einfuhr fremdländischer Eisens schützen. Die Mehrheit des Reichstages gewann den Eindruck, daß man mit dem Betreten dieses Weges auf die schiefte Bahn des Zollschutzes gelangen werde. Bei genauer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Einrichtung der Ausfuhrprämien (ultra-caution) in Frankreich nicht erst von gestern und heute, sondern aus dem vorigen Jahrhundert herrühre und daß mit ihrem Aufhören der deutschen Eisenindustrie in Wirklichkeit nur sehr wenig geholfen sein würde. Die Forderung aber, Frankreich werde mit der Einführung von Retorsionszöllen in Deutschland seine ultra-caution lassen lassen, war gleich Null. Unter solchen Umständen lehnte der Reichstag mit Ueberzeugung ab und ebensowenig den Antrag Barnbiller, der zwar zunächst nur eine Enquête über die einschlagenden Fragen verlangte, eine Forderung, welche die Verhandlungen mit Oesterreich hätte

ins Stoen bringen müssen, in Wahrheit aber darauf hinauslief, ein Votum des Reichstages in schutzzöllerischem Sinne herbeizuführen.
(Schluß folgt.)

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 28. Mai.

Der soeben in Gotha abgehaltene Socialistencongress sollte für das deutsche Bürgerthum ein erster Wahn- und Weckruf sein. Daß die Socialdemokratie gegen das Vorjahr gewachsen ist, war bereits gelegentlich der Reichstagswahlen hinlänglich sichtbar geworden; dennoch würde es nicht überflüssig sein, wenn Alle, welche an der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung ein Interesse haben, sich die näheren Angaben über dieses Wachstum und über die agitatorische Thätigkeit der Parteiführer recht genau ansehen wollten. Vor Allem aber ist beachtenswerth, was die Partei für die letzten Wahlen geleistet hat. Ganz abgesehen von den regelmäßigen Beiträgen, welche sich in der Zeit von Mitte August v. J. bis Ende April d. J. zusammen mit den Einnahmen des Agitationsfonds und des Unterstützungsfonds auf nahe an 10,000 A belaufen, sind für den Wahlfonds nicht weniger als 26,327 A 55 S vereinnahmt worden. Zu beachten ist dabei, daß hier dasjenige, was die lokalen Wahlcomités geleistet, nicht mit berechnet ist. Von den übrigen Parteien pflegt keine so öffentliche Rechnung zu legen; es würde ihnen auch, da keine so wie die socialdemokratische centralistisch organisirt ist, nicht möglich sein, ein ähnliches Bild der Gesamttätigkeit der Partei zu geben. Aber ohne befürchten zu müssen, daß wir der Wahrheit zu nahe treten, behaupten wir, daß von allen übrigen Parteien keine verhältnismäßig auch nur annähernd an die finanzielle Leistungsfähigkeit der socialdemokratischen hinanreicht. Weitere Betrachtungen über diesen Unterschied sind überflüssig. — Eine interessante Drohung des Reichstagsabgeordneten Frische ist aus der ersten Sitzung des Congresses hervorzugehen. Bekanntlich beschwerten sich die socialistischen Abgeordneten fortwährend, daß man sie im Reichstage nicht zu Worte kommen lasse. Die gleiche Klage hat jetzt Herr Frische auch seinen Anhörern in Gotha vorgetragen und daran die Anklage geknüpft, daß sich die socialistischen Abgeordneten in der nächsten Session gegen die „Valentinsfrage“ (Schluß der Debatte auf Antrag des bekannten Schlußmachers Valentin) durch geeignete Repräsentanten zu schützen wissen würden. Der Rede Sinn ist etwas sehr dunkel; immerhin kann man aber auf die Lösung des Räthsel gespannt sein. Viel helfen werden den Socialdemokraten die „Repressalien“ jedenfalls nicht; denn man braucht nur die steno-graphischen Berichte einer beliebigen Reichstagsession durchzublättern, um zu erkennen, daß die socialistische Rhetorik einen Raum einnimmt, der das Verhältnis der socialdemokratischen Abgeordneten zu der Gesamtheit der Abgeordneten beträchtlich übersteigt. Nicht minder interessant ist die Mittheilung des Herrn Frische, daß in der nächsten Session die socialistischen Abgeordneten im Bund mit den drei Volksparteien eine selbstständige Fraction bilden werden. Die Sache der „liberalen Volkspartei“, für welche der schwäbische Reichstagsabgeordnete in der letzten Session so energisch den Heiterkeitstribut des hohen Hauses forderte, erscheint hiernach in einem ganz neuen Lichte.

Aus dem Berichte des Wahlvorstandes (zu Hamburg) über Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Wahlen vom 16. Januar 1877, ist hervorzuheben, daß die Partei 6 ständige Agitatoren besitzt und 16 solche, die monatliche Zuschüsse erhalten. Einzelne Orte sind während der Wahl mit 50 bis 150 A unterstützt worden. In 175 Wahlkreisen, in denen Candidaten aufgestellt worden sind, sind 553,211 Stimmen, 179,699 mehr als im Jahre 1874, abgegeben worden. An Zeitungen besitzt die Partei: den „Vorwärts“ mit über 12,000 Abonnenten, 41 andere socialpolitische Blätter, 14 Gewerkschaftsorgane und ein illustriertes illustrirtes Blatt (die „Neue Welt“), letzteres mit über 35,000 Abonnenten. Die Zeitungen werden redigirt von 44 Redactoren, unter denen sich u. A. 12 akademisch gebildete Literaten, 11 Schriftsetzer, 4 Kanfleute, 4 Schloffer, 1 Holzgerber, 1 Eigarrenmacher, 1 Schuhmacher, 1 Goldarbeiter, 1 Schneider u. befinden. Der Kalender „Der arme Konrad“ hat einen Abzug von 50,000 Exemplaren gefunden. Die im verfloffenen Jahre gegen die Redactoren ausgeprochenen Strafen belaufen sich auf zusammen 8 Jahre. Die Partei habe sich — wie der Bericht am Schluß sagt — trotz der in Preußen u. erfolgten Auflösung doch bedeutend gefräftigt; dies sei auch kein Wunder, denn die Sache wäre um denselben unauströthbare